

Haushaltsanmerkungen für den Haushalt 2020/2021 der BfR am 1.2. 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Rapp,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Blümcke und Bastin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie der Kämmerer in seinem Entwurf schon zum Haushaltsplan 2020 selbst schrieb, stellte er eine sich eintrübende Konjunktur fest (Haushaltsplan 2020 S.31). Heute sind wir durch die Coronapandemie in einer weit schwierigeren Situation mit völlig offenem Ausgang. Deshalb ist es erforderlich, alle Investitionen daraufhin abzuklopfen, ob sie notwendig, nützlich oder angenehm sind. Schon im letzten Jahr hat die BfR gewarnt, Personalstellen zu vermehren. Heute wären wir froh, wir hätten diese dauerhaft finanziellen Verpflichtungen nicht. Für den Doppelhaushalt 2021/22 heißt es also, sich auf absolut notwendige Ausgaben zu beschränken. Die BfR fordert, zunächst den Pflichtaufgaben nachzukommen, bevor Projekte angegangen werden, deren Folgekosten jahrzehntelang zu Buche schlagen werden.

Die BfR schlägt deshalb als erstes vor, die Digitalisierung aller Schulen noch vor den Ferien 2021 abzuschließen. Das hat mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Die Schulen Kuppelnau, Schmalegg, Weißenau, Oberzell und St. Christina können nicht erst im Jahr 2022 digitalisiert werden. Als Gegenfinanzierung schlagen wir vor, auf den sogenannten „Schussenpark“ zu verzichten, was etwa 800.000 € einspart und die zwangsweisen Folgekosten in unbekannter Höhe, die wir uns nicht leisten können. Wer weiß schon, wie die Finanzlage der nächsten Jahre aussieht.

Derzeit sind wir auch nicht einmal in der Lage, unsere Infrastruktur zu erhalten. Die Straßen wurden schon jahrelang vernachlässigt und es entsteht ein gewaltiger Investitionsstau. Wann sollte dieser in den nächsten Jahren aufgelöst werden? Verzicht auf den „Schussenpark“, können wenigstens einige Straßenkilometer saniert werden. Oder man kann die Sanierung von Konzert- und Kornhaus angehen.

Auch die Fußgängerbrücke über die B 32 ist zwar angenehm, aber derzeit nicht notwendig. Deshalb scheint es uns das Gebot der Stunde, darauf vorläufig zu verzichten, mitsamt neuem Rad- und Fußgängerweg.

Der Ortschaftsrat Eschach hat den Haushaltsplan einstimmig abgelehnt. Unseres Erachtens kommt dadurch zum Ausdruck, dass in der Kommunikation zwischen Verwaltung und gewählten Vertretern der Bürgerschaft etwas nicht gut läuft. Wenigstens sollte dies bei der Verwaltungsspitze ein Nachdenken auslösen. Auch wir stellen fest, dass die Lebensqualität der Bürgerschaft wenig Aufmerksamkeit erfährt. Zwei Beispiele. Zunächst wird dem Heimatmuseum Eschach 250m² Nutzfläche versprochen, dann wird ein Wettbewerb für € 50.000 veranstaltet, der aber nichts bringt, um dann das kleine Heimatmuseum platt zu machen, ohne den Gemeinderatsbeschluss formell aufzuheben. So kann man jedes ehrenamtliche Engagement auf den Nullpunkt fahren. Oder das Weststadtbüro. Dies wurde derart schlecht geredet, dass die Schließung sogar als Befreiung gesehen wurde. Die BfR missbilligt solche Aktionen und wir werden in Zukunft alles daran setzen, die Anliegen der Bürgerschaft noch stärker zu vertreten. Wir möchten darum bitten, das Heimatmuseum Eschach und das Weststadtbüro zu erhalten (der OB hat ja wiederholt ausgeführt, dass keine öffentliche Einrichtung geschlossen wird).

Kurz: die BfR stimmt dem Haushaltsplan nur zu, wenn die Digitalisierung aller Schulen 2021 erfolgt und auf den „Schussenpark“ und die Fußgängerbrücke über die B 32 verzichtet werden. Die Schulen und guter Unterricht sind entscheidend für die Zukunft des Landes. Auch eine Erhöhung verschiedener Steuern ist nur zu rechtfertigen, wenn es der Gesellschaft insgesamt zugutekommt. Wir hoffen, dass unser Antrag deshalb eine Mehrheit findet.

Antrag;

Die BfR beantragt, noch alle Schulen in diesem Jahr zu digitalisieren und auf dafür auf den sogenannten „Schussenpark“ und die Fußgängerbrücke über die B 32 zu verzichten.

Begründung:

Die Stadt Ravensburg ist in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation (die Prognose für 2021 und 2022 ist „alarmierend“ S.36 Hplan). Deshalb müssen Pflichtaufgaben in den Vordergrund rücken. Die Digitalisierung der Schulen ist eine dringende Pflichtaufgabe, die sofort umgesetzt werden muss, damit alle Schülerinnen und Schüler gleiche Bildungschancen haben, da die Dauer der Pandemie noch völlig offen ist und Online-Unterricht die Regel werden könnte.